

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verleger: Friedrich Borchers
Verwaltung: Borchers & Reichardt
Redaktion: Borchers & Reichardt
Druck: Borchers & Reichardt

Verleger: Friedrich Borchers
Verwaltung: Borchers & Reichardt
Redaktion: Borchers & Reichardt
Druck: Borchers & Reichardt

Verleger: Friedrich Borchers
Verwaltung: Borchers & Reichardt
Redaktion: Borchers & Reichardt
Druck: Borchers & Reichardt

Tributaufschub für die Dauer der Konferenz

Lausanne soll Endlösung bringen

Erklärung Macdonalds im Namen der Mächte - Papens Erwartungen

Drahtbericht unseres nach Lausanne entsandten W.-H.-Sonderberichterstatters

Lausanne, 17. Juni. Die heutige Plenarsitzung der Lausanner Konferenz begann nicht, wie erwartet, als eine vertrauliche, sondern als öffentliche. Der Vorsitzende, Macdonald, verlas zunächst eine Erklärung, die von den Vertretern Großbritanniens, Frankreichs, Italiens, Belgiens und Japans unter dem gestrigen Datum gezeichnet ist. Die Erklärung lautet:

Ziel durchbrungen von der wachsenden Schwere der wirtschaftlichen und finanziellen Gefahren, die die Welt bedrohen, und von der Dringlichkeit des Problems, das der Konferenz von Lausanne zu prüfen obliegt, ist, fest überzeugt davon, daß dieses Problem eine endgültige und präzise Lösung erfordert, die auf die Beseitigung der Verhältnisse in Europa hinwirkt, und daß diese Lösung ohne Verzögerung und ohne Unterbrechung gesucht werden muß, um im Rahmen eines Weltabkommens verwirklicht zu werden, und im Hinblick darauf, daß gewisse Reparations- und Kriegsschuldenszahlungen am kommenden 1. Juli fällig werden, sind die unterzeichneten Regierungen der Ansicht, daß ohne Präjudiz für Lösungen, die späterhin gefunden werden können, zwecks ununterbrochener Verfolgung der Konferenzarbeit die Annäherung der Zahlungen, die den an der Konferenz teilnehmenden Regierungen als Reparations- oder Kriegsschulden zufließen, für die Dauer der Konferenz ausgesetzt werden soll, während die Konferenz nach dem Willen der unterzeichneten Regierungen ihre Arbeit in kürzester möglicher Frist vollenden soll.

Auf die von Macdonald verteilte Erklärung erwiderte der Reichskanzler v. Papen mit folgenden Worten:

Ich habe von der Erklärung, die der Herr Präsident vorlesen ließ, mit größtem Interesse Kenntnis genommen und weise die Absicht, der sie nach ihrem Wortlaut und den erläuternden Bemerkungen des Herrn Präsidenten entspringen ist, voll zu würdigen. Ich begrüße diese Erklärung als den ersten sichtbaren Beweis des festen Willens der beteiligten Staaten, die Arbeiten der Konferenz zu erleichtern und diejenigen unauflösbaren und endgültigen Entscheidungen, die die Dauer der Konferenz zu lassen. Ich kann nur wünschen, daß die Erklärung von den Vätern, die wir hier vertreten, ja von der gesamten Weltöffentlichkeit in dem gleichen Sinne verstanden wird. Es wäre verhängnisvoll, wenn diese Hoffnung enttäuscht würde.

Mit dieser Erklärung Macdonalds soll von der Konferenz der Zeitdruck genommen werden, unter dem sie im Fall eines Weitergehens des Termins vom 1. Juli wenigstens formell gestanden hätte. Gleichzeitig wird damit allerdings die Illusion getilgt, als bedürfe es einer besonderen Erlaubnis der Gläubiger, daß Deutschland am 1. Juli nicht zahlt, obgleich das so oder so eine Selbstverständlichkeit wäre. Die legale Form soll eben unter allen Umständen gewahrt werden.

Der Endtermin des neuen Moratoriums ist unklar und unbestimmt. Man behauptet, daß die Konferenz auf jeden Fall auch bei einem Auseinandergehen in Lausanne, bis zur definitiven Regelung, die hier ja wenig wahrscheinlich ist, als in Permanenz tagend gelten soll. Von deutscher Seite müßte eine völlige Klarstellung verlangt werden. Auf jeden Fall enthält diese Erklärung der Gläubiger Möglichkeiten für die Deutschen, die entschlossen ausgenutzt werden müssen.

Große Rede des Reichskanzlers in Lausanne

Darauf trat die Konferenz in die vorgesehene Generaldebatte ein, die mit einer Rede des deutschen Reichskanzlers eröffnet wurde. Diese Rede wird leider nicht im Wortlaut bekanntgegeben. Ihr wesentlicher Inhalt ist aber nach sicherer Information etwa der folgende: Der Kanzler betonte einleitend, daß es sich auf der Konferenz nicht darum handle, die Konferenzfrage unter juristischen Gesichtspunkten zu erörtern. Daß die Paarer Abkommen rechtsgültig unterzeichnet worden seien, werde von niemandem bestritten und bedürfe daher nicht einer besonderen Feststellung. Es komme jetzt darauf an, sich mit den gegebenen Tatsachen abzufinden und aus ihnen die nötigen Folgerungen zu ziehen.

Der Reichskanzler behandelte sodann die Entwicklung der Weltwirtschaft seit dem Jahre 1929, der Zeit der Aufstellung des Youngplans. Er schilderte sodann den Sturz aus dem blühenden Optimismus von damals in den Pessimismus und die Verzweiflung von heute.

Nichts von den damaligen Verheißungen habe sich erfüllt. Eine Anzahl von Staaten hat sich schon gezwungen gesehen, die Zahlungen nach dem Auslande einzustellen. Das sei eine ernste Warnung, rechtzeitig Vorworte zu treffen, daß nicht große Veränderungen in die gleiche Lage kämen, wodurch die Weltkrise eine unübersehbare Erschwerung dadurch würde. Der internationale Kapital- und Kreditverkehr sei abgebrochen. Die Kapitalgeber in den kapitalistischen Ländern dächten nur daran, wie sie die Kredite möglichst schnell zurückzahlen könnten, sowohl sie diese innerhalb ihrer Volkswirtschaft nicht nachbringen zu verwenden vermöchten. Die Substanz des Vermögens werde dabei aufgezehrt und fehle als Grundlage für einen neuen Aufschwung. Auf der anderen Seite hätten

die Schuldner infolge des Steigens des Goldwertes oder des Fallens der Warenpreise 40 bis 50 v. H. mehr zu leisten.

Das gelte in gleicher Weise für die Privatgläubiger, wie für die Staaten. Wenn keine schnelle Besserung der Verhältnisse eintrete, müsse damit gerechnet werden, daß eine Neuordnung der Schuldverhältnisse unabwendbar werde.

Bei den beiden Gläubigergruppen habe sich das Gold unerschütterlich angehalten, während das einseitige Schuldnerland, Deutschland, davon fast sämtlich entböhrt sei, so daß seine Wirtschaft immer mehr zum Erliegen komme.

Die jetzige Krise des Gütermarktes sei aber überdeckt von einer zweiten Krise, nämlich von einer

Kreditkrise von nie gekannter Ausdehnung.

Am Anfang an diese Darlegungen über die allgemeine Weltkrise trat der Reichskanzler ausführlich auf die Lage in Deutschland

ein. Er wies in diesem Zusammenhang auf die Belastung der deutschen Wirtschaft mit hohen Zinsküßen und Steuern hin. Der beratende Sonderausschuß habe schon im Dezember v. J. die damalige Steuerbelastung als ein Hindernis bezeichnet. Trotzdem hätten der deutschen Wirtschaft jetzt noch neue Steuern auferlegt werden müssen, um den Staatsorganismus überhaupt aufrecht zu erhalten.

Die Arbeitslosigkeit sei in Deutschland größer, als in irgendeinem anderen Lande.

und besonders verhängnisvoll sei dabei, daß ein immer größerer Teil der heranwachsenden Jugend keine Hoffnung

Berriot spricht von ungerechten Opfern Frankreichs

Nach dem Reichskanzler ergriff der französische Ministerpräsident Berriot das Wort. Er erklärte, er sei mit größtem Interesse den Darlegungen des Reichskanzlers gefolgt und könne feststellen, daß die französische Delegation, wenn sie auch die engere Aufgabe habe, die ihr anvertrauten Interessen zu verteidigen, doch nicht gleichgültig gegenüber den Schwierigkeiten anderer Mächte sein könne. Er habe dem deutschen Volk selbst zu versprechen zu geben, daß er für das allgemeine Wohl und für den gemeinsamen Frieden arbeite. Der Baseler Bericht, fuhr Berriot fort, ist die Grundlage und die Richtschnur der Konferenzarbeiten. Wir nehmen also vorbehaltlos seine ersten Schlussfolgerungen an, wonach die gegenwärtige Wirtschaftskrise in ihrem Umfang jene verhältnismäßig kurze Depression übersteigt, mit der der Youngplan gerechnet hat.

Wir nehmen auch die Feststellung an, daß die finanziellen Schwierigkeiten Deutschlands in erheblichem Maße der Grund der Arbeitslosigkeit sind, die in der Welt herrscht,

und daß eine gemeinsame Aktion nötig ist, die nur die

haben zu Arbeit und Verdienst zu kommen. Verzweiflung und politische Radikalisierung seien die Folge. Der deutsche Ausländerdienst reiche immer weniger dazu aus, die Deutschen für den Zinsen- und Tilgungsdienst der privaten Auslandsverschuldung aufzubringen.

Die Auslandsverschuldung Deutschlands mit ihren hohen Zinsen sei zum weitaus größten Teil auf die Substanzübertragung und Kapitalentziehung zurückzuführen, die sich aus den bisherigen Reparationsleistungen ergaben.

So habe der beratende Sonderausschuß festgestellt, daß von den 18 Milliarden Mark, die Deutschland nach der Stabilisierung der Mark vom Auslande entziehen habe mehr als 10 Milliarden allein durch die baren Reparationszahlungen wieder ins Ausland zurückgefließen seien. Die Höhe der bisherigen deutschen Leistungen müsse nach ihrem wirklichen Wert veranschlagt werden, nicht nach dem Empfangswert, den sie für die empfangenden Länder gehabt haben. Das Angebot von Gütern im Werte von vielen Milliarden habe natürlich zu einer unwirtschaftlichen Verwendung im Empfangslande geführt, so daß der Nutzen des Empfangs viel kleiner gewesen sei, als die Höhe des Verlustes für Deutschland.

Der Reichskanzler schloß seine Rede mit folgenden Worten:

Die Geschichte der Reparationen stellt sich heute als eine Reihe von Experimenten dar, die man in immer neuer Norm, aber immer mit dem gleichen Mißerfolg am deutschen Volkstörper vollzogen hat.

Man hat Deutschland jedesmal ein Maximum an Reparationsleistungen auferlegt und hat es jedesmal darauf ankommen lassen, ob sich dieses Maximum als erfüllbar erweisen würde. Wir haben jetzt die Rückwirkungen dieses Verfahrens auf die deutsche Wirtschaft und die Weltwirtschaft ganz greifbar vor Augen. Die Erfahrungen der letzten Jahre können nur dahin zusammengefaßt werden: Die Reparationsleistungen haben sich als unmöglich und schließlich erwiesen. Viele Erfahrungen schlichen die Notwendigkeit aus, in der Hoffnung auf die künftige Entwicklung ein neues Experiment mit den Reparationen zu machen, das doch wieder zu dem gleichen Mißerfolg, wie die bisherigen Versuche, führen müßte.

Die Stunde des Handelns ist gekommen, deshalb haben wir in Deutschland noch einmal den Versuch gemacht, die lebendigen aufbauwilligen Kräfte der Nation zusammenzufassen, um dem deutschen Volke überhaupt die Lebensgrundlage zu sichern.

Die Zeit der kleinen Mittel, der Kompromisse, der Verzögerungen ist endgültig vorbei. Es muß jetzt an die große Aufgabe dieser Konferenz gehen, aus dem verhängnisvollen Kreislauf der Vergangenheit endgültig herauszukommen und so den Weg für eine bessere Zukunft freizumachen, die uns alle einer besseren Zukunft führen kann.

Die Rede v. Papens enthält zweifellos richtige und gute Gedanken und manche wirksame Formulierungen. In manchen Teilen läßt sie aber doch das Gefühl einer gewissen Enttäuschung zurück. Zu wenige der vorgetragenen Gedanken müssen als wirklich neu gelten, zu wenige entsprechen in ihrer Form völlig dem leidenschaftlichen Gefühl der Ablehnung im deutschen Volk und dem klaren deutschen Rechtsstandpunkt. Wir hätten auch gewünscht, daß die ungenügende deutsche Tributleistung noch mehr in dem Mittelpunkt der Rede gestanden hätte und daß die moralische und psychologische Seite des Tributproblems einen noch stärkeren Ausdruck gefunden hätte. Man vermisse die klare Feststellung, daß die wirklichen Reparationen in der Höhe der Leistung, ja überhöht sind. Allerdings werden schließlich nicht Worte, sondern Taten in Lausanne entscheidend sein, wird vor allem die Festhaltung des deutschen Willens die entscheidende Rolle spielen. Dazu und zu einer Ergänzung und Präzisierung des deutschen Standpunktes werden sich in den nächsten Tagen noch neue Gelegenheiten bieten.

Regierungen unternehmen können. Wir freuen uns, daß die Lausanner Konferenz schon den unbestreitbaren Grundlagamerkmale hat, wonach eine europäische Regelung nur im Rahmen einer Weltregelung durchgeführt werden kann.

Berriot meinte aber, daß nach den Gesetzen der Geschichte jede Depressionsperiode von einer Blüteperiode abgelöst werde.

Man könne also nicht einer Dauerregelung eine Periode ausnahmsweiser Blüte oder ausnahmsweiser Depression ausgrenzen lassen.

Die Anwendung des Kooperationsmoratoriums für ein einzelnes Jahr habe dem französischen Budget ein Defizit von ungefähr 1800 Millionen Franken gebracht, das mit 5 bis 6 v. H. abzunehmen ausgleichend werden müsse. Die Belastung der deutschen Eisenbahnen sei mit 600 Millionen RM. nicht übertrieben. Wenn die Reparationslasten in Zukunft wegfielen, so würde die Kapitallast der deutschen Eisenbahnen auf etwa 10 Milliarden Franken zurückgehen, während die französischen 80 und die englischen 100 Milliarden

Vertical text on the left margin: 1932, HOF-LE, die be, Na, PLE, ch, all, W, ns, gspoln, hof, nördle, theater, SLUB